

Volksstimme

Einzelpreis 500 000 M

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-Luch & Co., Magdeburg, Große Ringstraße 3. — Fernruf: 2111. — Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 1561. — Postzustellungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 17. bis 23. September 2500 000 Mark, Abolier 2400 000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise. Die halbspaltige, 27 Millimeter breite Doppeltzeile kostet 84 M., auswärts 108 M.; Familienanzeigen und Stellenangebote 41 M.; Bereinstellende 36 M.; die dreispaltige, 90 Millimeter breite Kollamezeile kostet 420 M.; auswärts 540 M. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schließzahl des Vereins der Deutschen Zeitungsverleger, zumzeit 12 000. Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 219.

Magdeburg, Donnerstag den 20. September 1923.

34. Jahrgang.

Währungs-Zwischenlösung.

Die Bemühungen der Reichsregierung, ein wertbeständiges Geld zu schaffen, haben nun ihren Niederschlag in einem Entwurf gefunden, der eine Kompromißlösung darstellt und drei Zahlungsmittel vorsieht. Um der Wirtschaft schnell wertbeständiges Geld in die Hand zu geben, wird die alte Reichsbank Goldnoten herausgeben. Getrennt davon soll eine neu zu schaffende Bank die Herausgabe einer weiteren Note vornehmen, die als gesetzliches Zahlungsmittel gilt. Die Papiermark wird Scheidemünze dieser Note sein.

Damit wird eine Zwischenlösung erstrebt, die alles andre als übersichtlich und einfach ist. Der komplizierte Zustand läßt sich aber, wie die Dinge nun einmal liegen, nicht vermeiden. Denn eine feste Währung ist nur bei einem ausgeglichenen Budget möglich. Durch die fiktive Zwischenlösung soll der Ausgleich vorbereitet werden. Das Kabinett geht hier den durchaus richtigen Weg, wenn es das Problem, Ausgaben und Einnahmen des Staatshaushalts auszugleichen, von der Währungsseite her ansieht. Zu den währungstechnischen Maßnahmen der Regierung treten die materiellen. Ein bereits vorliegendes Finanzprogramm sieht die stärkste Einschränkung der Ausgaben im öffentlichen Haushalt vor. Durch die Wertbeständigkeit der Einnahmen wird man eine größere Ergiebigkeit der Steuerquellen und damit eine fortschreitende Deckung der Neuausgaben erzielen.

Um die Reichsbank instand zu setzen, die Funktionen einer reinen Goldnotenbank zu erfüllen, wird sie von den Staatsfinanzen völlig gelöst. Das geschieht dadurch, daß die Reichsbankscheine von ihr nicht mehr diskontiert werden. Seit 1914 sind die Schuldschreibungen des Staates für die Deckung der Notenausgabe dem Golde, dem Kaufmannswechsel usw. gleichgestellt worden. Auf Grund dieses Mißstandes, des Zusammenhangs der Notenbank mit den Staatsfinanzen, konnte die Reichsbank nach Bedarf zu neuen Geldschöpfungen schreiten. Die Inflation konnte beliebig gesteigert werden, die Notenpresse Tag und Nacht laufen. Nach der durchgeführten Reform wird die Reichsbank nichts mit der Emission von Papiermark zu tun haben. Was sie herausgibt, sind Goldnoten, die durch effektives Gold, wobei man sehr wahrscheinlich weit über die Dritteldeckung hinausgehen wird, um das Vertrauen der Bevölkerung zu der neuen Note zu erzwingen, gedeckt und durch Kaufmannswechsel gesichert sind, so daß sich die Goldnotenemission, die neue Goldschöpfung, nur mit der tatsächlichen Steigerung der Produktion vollzieht. Diese Noten sind kein gesetzliches Zahlungsmittel. Auf eine Einlösung durch Gold und Devisen glaubt man verzichten zu können, da auch die andern Staaten mit Ausnahme von Nordamerika mit stabiler Währung die Einlösungspflicht aufgehoben haben.

Die neuerschaffende Bank soll den Bedürfnissen der Übergangszeit bis zur Balancierung des Staatshaushalts dienen. Sie wird also für den Staat ein Finanzierungsmittel sein, das wertbeständige, durch Sachwerte gesicherte Kredite zur Verfügung stellt. Der Reichsfinanzminister schätzt die Dauer der Übergangszeit auf 3 bis 4 Monate. Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken werden nach dem Wehrbeitrag, der durch eine neue Vermögensveranlagung zur Erfassung der zahlreichen Reureichen revidiert werden soll, mit 5 Prozent belastet. Noten, die also auf Grund einer Sachwertveranlagung ausgegeben werden, sind gegen Obligationen umtauschbar, die zu einem festen Satz verzinslich sind. Sie sind ein ausgesprochenes Inlandszahlungsmittel.

Die Höhe der Emissionen kontingentiert sich von selbst durch das zur Fundierung zur Verfügung stehende Kapital und durch das in bestimmter Zeit zu deckende Defizit. Nach Schätzungen werden der Bank circa vier Milliarden zur Verfügung gestellt. Wie weit sie diese Summe auf die Emission benützt, kann heute natürlich nicht gesagt werden. Die Regierung wird sich mit dem äußerst notwendigen Betrag beschränken. Der Finanzminister schätzt die Summe auf 1 Milliarde Goldmark.

Die Papiermark tritt zu der neuen Währungsnote in ein ganz bestimmtes Verhältnis und ist vor allen Dingen vor einer weiteren Vermehrung gesichert. Die Notenpresse wird stillliegen. Es fragt sich nur, ob die Papiermark dann widerstandsfähiger ist als bisher. Es gibt viele Gründe, die dagegen sprechen. Sollten sich die Verhältnisse bessern, dann wäre der Zustand eingetreten, daß der privaten Wirtschaft und dem Groß-

verkehr ein wertbeständiges Geld, die Goldbanknote, und dem Staat ein wertbeständiger Kredit, die Währungsnote, zum Ausgleich seines Budget gegeben sind, während der ökonomisch schwächste, aber für die Produktion wichtigste Teil des Volkes und der größte Teil der Bevölkerung wieder auf die schlechter werdende Papiermark angewiesen ist. Daß das nicht geht, beweist gerade der gegenwärtige Zustand, wo der Kaufmann seine Preise nach den Devisen richtet, während der Konsument nach einem Index bezahlt wird, der den Anforderungen absolut nicht mehr entspricht und die wertbeständigen Löhne illusorisch macht. Es würde dem Gelingen der neuen Währungsreform nur dienen, wenn man den Arbeiter usw. nicht von dem wertbeständigen Neugeld ausschließt. —

Beendet den Ruhrkrieg.

Die Regierung hat mit guten Vorsätzen die Reichsgeschäfte vor wenigen Wochen übernommen, ohne daß es ihr bisher gelungen wäre, die fortschreitende wirtschaftliche Notlage des Volkes auch nur einzudämmen. Für den objektiven Beurteiler der Verhältnisse ist das nicht verwunderlich! Solange der außenpolitische Druck fortbesteht und für das Ruhrgebiet endlose Summen zu unproduktiven Zwecken sowie für einen Widerstand zur Verfügung gestellt werden, der längst unwirksam ist, kann eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nicht erwartet werden. Voraussetzung für das Gelingen jeder finanz- und währungspolitischen Maßnahme ist eine Beendigung der unter der Aera Cuno begonnenen Inflationswirtschaft, die wiederum ein Ende des Ruhrkonflikts erfordert. Nur so ist im Verein mit steuerpolitischen Maßnahmen das rasende Defizit des Staatshaushalts allmählich zu beheben, nur auf diesem Wege kann die Grundlage geschaffen werden, zu einem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstieg des deutschen Volkes, der selbstverständlich, solange wir Reparationen zahlen müssen, nicht an die Verhältnisse vor dem Kriege grenzt.

Die neue Reichsregierung hat die Fehler der vergangenen Aera Cuno erkannt, und vereinzelt haben ihre Minister trotz der deutschnationalen Demagogie auch den Mut bezeugt, dem Volke zu sagen, woran wir sind und was in Anbetracht einer seit mehreren Monaten fortdauernden verfehlten Finanzpolitik getan werden muß. Aber uns scheint, daß auch die Pläne der Regierung, die zunächst durch Abbau der wesentlichen Ausgaben und durch Einschränkung der Ruhrkredite die Möglichkeit zur Verminderung des Defizits schaffen sollen, jetzt nicht mehr ausreichend sind und wir nur noch durch eine radikale Kur die Reichseinheit zu retten vermögen. Trotzdem muß natürlich gespart werden, wo gespart werden kann.

Die geplante Einschränkung der Ruhrkredite ist nur eine halbe Maßnahme, während der trostlose Zustand der deutschen Wirtschaft und Finanzen ganze Maßnahmen gebieterisch fordert. Die Regierung sollte einsehen, daß es besser ist, dem deutschen Volk offen zu sagen, wie es um uns bestellt ist, und daß das Loch im Westen durch Rückkehr zur Produktion gestopft werden muß, wenn wir nicht noch mehr verlieren wollen.

Alle Welt weiß, daß der an der Ruhr begonnene Kampf infolge einer sinnlosen Politik der Regierung Cuno und ihrer Ueberschätzung der eignen Kraft nicht mit den gewünschten positiven Ergebnissen für Deutschland verlaufen ist. Statt einer aktiven Außen- und Innenpolitik hat die Regierung Cuno bald nach Beginn des Ruhrkampfes für den Abbau der Steuern im Interesse der Wirtschaft ohne Rücksicht auf das Ruhrgebiet Sorge getragen, sie schanzte den Unternehmern durch ihre Papiermarkkredite große Gewinne zu und ließ es schließlich, ganz abgesehen von der Passivität in außenpolitischen Dingen, zu einem Zusammenbruch der unter dem Druck der Sozialdemokratie eingeleiteten Stilligungsaktion kommen.

Nur noch die Deutschenationalen tun so, als ob uns die Fortsetzung des passiven Widerstandes retten könnte, während ihre Politik in Wirklichkeit von der Absicht geleitet ist, das Chaos möglichst schnell herbeizuführen, um dann nach Moskauer Methode auf den Krümmern die Monarchie erstehen zu lassen. Sie verstehen nicht so weit zu denken, daß mit dem Untergang des Staates auch das Volk und die Wirtschaft zu existieren aufhören. Leider hat diese

deutschnationalen Demagogie, die Verächtlichung anderer zum Landesverrat dazu geführt, daß keiner auszusprechen wagt, was die Stunde erfordert und was im Zusammenhang mit dem Abbau des passiven Widerstandes zur Rettung des Reiches jetzt geschehen muß. Wir halten diese Zurückhaltung vor einer Gesellschaft, der wir jedes Nationalgefühl abspüren, für gefährlich. Die Verhältnisse sind stärker als Hoffnungen und Wünsche einzelner Politiker, und wir sehen den Zeitpunkt in unmittelbarer Nähe, an dem unter letzterer Verschärfung der kaum noch erträglichen Wirtschaftsverhältnisse schließlich doch gesagt werden muß, was heute noch von vielen verschwiegen wird.

Katbereitschaft, die Mut voraussetzt, ist deshalb in diesem Augenblick alles. Nur durch Katbereitschaft, durch Mut zu Verantwortung wird den Schwägern und Geheern die ungeliebte Methode ewiger Verunglimpfung vergeben, nur durch sie vermag das Kabinett sich im Volke weiteres Vertrauen zu erwecken. Als Herr Stresemann sein neues Amt angetreten hatte, erklärte er im Verlauf seiner Reden, daß nur der, der sich selbst aufgibt, verloren ist. Jetzt ist die Zeit gekommen, zu beweisen, daß die Regierung das Volk nicht aufgibt, sondern gewillt ist, ihr Führer zu sein. Hierzu gehören neben Handlungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den nächsten Tagen Offenheit und Klarheit. Offenheit und Klarheit insofern, als wir nach innen und außen kein weiteres Geheul daraus machen, daß uns über einer wirkungslosen Fortsetzung des passiven Widerstandes das Wohl der Volksgemeinschaft steht.

Erklärungen des Reichsinnenministers.

Ein Redaktionsmitglied der „Rheinischen Zeitung“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern Sollmann über die Ziele der Reichsregierung. Der Minister sagte u. a., das Reichskabinett beschäftigt sich mit der Frage der Beendigung des Ruhrunternehmens, mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, mit der Währungsreform und mit der Besserung unserer Ernährungslage.

Sollmann kam dann auf die letzte Rede Poincarés zu sprechen, wobei er betonte, diese Rede habe manche Illusionen zerstört, die in der letzten Zeit, allerdings nicht bei der Reichsregierung, entstanden waren. Dennoch werde die Rede die großen Entscheidungen im Westen nicht hinauszögern. Binnen kurzer Zeit werde man ernste Entschlüsse fassen müssen. Das Kabinett sei mit Stresemanns außenpolitischer Führung völlig einverstanden. Die Minister seien sich einig. Ueberall müsse man sich aber klar sein, daß der Kampf an der Ruhr nur mit einem für Deutschland sehr harten Frieden beendet werden kann. Die Reichsregierung werde nur in enger Verbindung und in voller Einmütigkeit mit dem besetzten Gebiet verhandeln können. Wichtig sei es, daß vier Minister aus dem besetzten Gebiet stammen. Ihm scheine die Einigkeit der rheinischen Parteien und der wirtschaftlichen Organisationen, soweit die Rheinlandpolitik in Betracht komme, niemals notwendiger gemein zu sein, als in den kommenden Monaten. Wer diese Front zerreiße, besorge die Geschäfte der Imperialisiten Frankreichs.

Sollmann ging dann auf die drohende Arbeitslosigkeit ein. Die Reichsregierung, sagte er, bereite eine Abänderung der Stilllegungsverordnung vor, um Massenentlassungen vorzubeugen. Ein Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge sei vorgezogen.

Große Sorge mache die Frage, wie die Ernte kleinräumig auf den Markt gebracht werden könne. Wir müßten deshalb in diesem Monat mit einem wertbeständigen Zahlungsmittel herauskommen, um die Ernte auf den Markt zu laden.

Die innere Politik der Regierung gehe dahin, innere Unruhen zu vermeiden. Es käme nur darauf an, die Massen einigermaßen zu ernähren. Sollten trotzdem Deperiodes losbrechen, würden sie sich in der Kraft der Republik lösen. Die militärische und politische Macht sei stärker als jemals seit der Revolution.

Bezüglich des Auktionsentags sagte Sollmann: „Wir bleiben auf unserm seit langem eingenommenen Standpunkt, daß der Auktionsentag grundsätzlich aufrecht erhalten bleiben muß, während Mehrarbeit zu leisten ist, wo die Interessen der Gesamtwirtschaft es erforderlich machen.“

"Nationale" Sachwerte.

Die „Deutsche Handelsmacht“, das Organ des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, bringt in ihrer Ausgabe vom 5. September folgende Vermögensaufstellung:

Außer dem Millionenneubau in Hamburg besitzt er dort noch fünf Grundstücke. In Berlin hat er hier Häuser, Wohnhäuser, sind außerdem vorhanden in Charlottenburg, Dornmund, Duisburg, Essen, Halle, Köln, Königsberg, Magdeburg, Mannheim, Stuttgart, Frankfurt, Mainz, Nürnberg, Wien. Eigene Häuser besitzen die Ortsgruppen Wiesbaden und Kuffing. Eigentum des Verbandes ist die von den „Fahrenden Gesellen“ und der Behelingsabteilung bewirtschaftete große Burg Lobeda bei Jena.

Neben dem Verbandsgebäude steht die Deutsche Krankenkasse mit eigenem großen Vermögen. An Grundstücken besitzt sie das große und wertvolle Verbandsgebäude in Leipzig. Außerdem ist sie Eigentümerin des aus mehreren großen Gebäuden bestehenden Parkhauses in Friedrichsbrunn (Ostpreußen), des Hauses Seebacher am Zimmendorfer Strand (Ostpreußen) und des Hauses Schwaben in Mergentheim (Württemberg).

Durch Interessengemeinschaft ist der D. S. B. beteiligt an dem gewaltigen Rohbaurüstwerk bei Spandau, einem 300 Morgen umfassenden Grundbesitz mit nicht weniger als 40 stattlichen Gebäuden (darunter große Kirche, Festsaal, Badeanstalt, Krankenhaus, Kinderheilstätte usw.).

Beteiligt ist er auch an dem Riesenbau des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin-Wilmersdorf.

Rufen wir daneben die bereits erwähnten Dinge auf uns wirten — die Samstagsche Verlagsanstalt, die Sparkasse, die Gargah, die Volksbank, den Kampfsport, den Kapitalstock für deutsche Arbeit, die Goldspartasse. So überkommt uns in dem Ernst und dem Jammer unserer Tage doch ein frohes Gefühl, wenn wir auf die Anschaffung des ersten Rassenbuchs, wenn wir auf den Zehlbetrag von 297 Mark aus dem Jahre 1894 zurückblicken.

Während die Sozialdemokratie heute kaum noch imstande ist, die notwendige organisatorische Arbeit zu leisten, während die Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften die gewaltigsten Anstrengungen machen müssen, um nicht unter der katastrophalen Geldentwertung zusammenzubrechen, können die nationalsozialistischen Verbände sich rühmen, „ohne nennenswerte Substanzverminderung allen Verpflichtungen gerecht werden zu können“.

Trotzdem das Geschrei gegen die „wirtschaftsfeindliche Sozialdemokratie“. Dieser verleumderischen Agitation heißt es mit allen Kräften entgegenzutreten und den letzten Hoffenbewußten Arbeiter der Sozialdemokratie zuzuführen.

Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten! Arbeiter, laßt eure Partei, eure Gewerkschaft, eure Presse nicht untergehen! —

Deutschvölkische Enthüllungen.

Die „Schutzvereinigung der Genossen der Deutschvölkischen Bank“ erläßt ein Rundschreiben. Daran interessiert uns vor allem der Umstand, daß der deutschvölkische rajjenteine und jüdenfeindliche Bankvorstand von den ihm zugeführten Kampfgeldern einen Gebrauch gemacht haben soll, wodurch „nicht nur der völkische Charakter des ganzen Unternehmens aufs höchste gefährdet, sondern außer bereits verlorbenen gewaltigen Vermögenswerten den Genossen der Deutschvölkischen Bank weitere große Verluste drohen“; auch nicht, daß in einer Generalversammlung am 28. September über „weitere ungeheurelichkeiten, die jeder Beschränkung spotten, sowie über das Vorleben des ersten Vorsitzenden, des völkischen Staatsanwalts a. D. Geras, interessante Mitteilungen gemacht werden sollen“, als der Umstand, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei des bekannten Knäuel-Sunze in ihrem Kampfe gegen die „jüdisch-marrjistischen Partei, in welchem sie die Arbeiter

für die letzte Konsequenz reif machen will“, es verstanden hat, sich Ziegeleien und Güter zu beschaffen. Die Geldgeber dieser National-„sozialisten“ haben durch ihre Opferfreudigkeit es ermöglicht, „daß der Vorstand der Deutschvölkischen Bank sich auf Kosten der Genossen große Vermögensvorteile verschafft hat“.

In der letzten Zeit mehren sich die Mitteilungen über Korruption und Käuflichkeit der nationalsozialistischen „Führer“, welche neuerdings nach der Moskauer Parole in der Front „Madel-Neventlow“ das kranke Deutschland von allem Hunger und Elend befreien wollen, indem sie sich die Taschen füllen auf Kosten der gutgläubigen Mitläufer, welche auf jeden noch so plumpen antisemitischen Schwindel hereinfallen.

Nach alledem scheint der antisemitische Kampf gegen den „jüdisch-marrjistischen Geist“ ein einträgliches Geschäft zu sein. Der Augenblick, wo auch der letzte Kommunist merkt, mit wem er gegen Moskauer Geheiß eine „Einheitsfront zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie“ eingehen soll, muß bald kommen. —

Amliche Notiz vom
Dollar Dienstag 149 625 000 **181 000 000**
Mittwoch mittag zirka
Lehter Kurs in Newyork 222 222 000 Mk.

Die Reichstagsfraktion fordert Laten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Dienstag nachmittags in einer eingehenden Besprechung mit der gesamten außen- und innenpolitischen Lage Deutschlands. Es bestand völlige Einmütigkeit darüber, daß von der Reichsregierung alles getan werden muß, um von deutscher Seite schnellstmöglichst zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen mit dem Ziele der Befriedung des Ruhrgebiets und der Wiederherstellung vertragsmäßiger Verhältnisse.

Bezüglich der innenpolitischen Lage wurde von allen Seiten der ungeheure Ernst, der durch den Währungssturz, die Preissteigerungen, die Arbeitslosigkeit, den Kohlen- und Nahrungsmittelmangel geschaffenen Lage betont. Es müßten deshalb alle Maßregeln getroffen werden, die geeignet seien, eine Verringerung dieser Währungs- und Wirtschaftsschwierigkeiten zu erzielen. Außer den von der Regierung bereits angeforderten währungs- und finanzpolitischen Schritten wurde gefordert: Einschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Einfuhren, auch von Kohle, da angesichts der Betriebseinschränkungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die Annahme gerechtfertigt ist, daß auf Braunkohle eingestellte Unternehmungen jetzt wieder zur Verwendung von Steinkohle zurückkehren.

Verlangt wurde ferner, daß den Stilllegungen von Betrieben durch Mitwirkung der Betriebsräte und die schärfste Prüfung durch die Demobilisierungskommission entgegen gewirkt wird und bei nicht gerechtfertigten Stilllegungen die Rohstoffe und Devisen dieser Unternehmungen enteignet werden. Außerdem wurde die Sicherstellung der Ernährung gefordert, die besonders in den Großstädten und Industriebezirken durch völlig ungenügende Zufuhren gefährdet ist.

Der Fraktionsvorstand wurde beauftragt, mit den übrigen Parteien wegen der Einberufung des Reichstags in Verbindung zu treten. Die nächste Fraktionsitzung soll einen Tag vor der Reichstagsitzung stattfinden. —

Kleines Feuilleton.

Das schönste Haus in Magdeburg.

In Dreien Wege Nr. 12, Ecke der Steinstraße, steht ein Haus, das man, trotzdem durch die Anwesenheit eines Stadtwirts keine ursprünglichen Reste sieht, vor allem durch die Wirkung des mächtigen, ihm gegebenen Charakters, als höchst gefährdet, sondern außer bereits verlorbenen gewaltigen Vermögenswerten den Genossen der Deutschvölkischen Bank weitere große Verluste drohen“; auch nicht, daß in einer Generalversammlung am 28. September über „weitere ungeheurelichkeiten, die jeder Beschränkung spotten, sowie über das Vorleben des ersten Vorsitzenden, des völkischen Staatsanwalts a. D. Geras, interessante Mitteilungen gemacht werden sollen“, als der Umstand, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei des bekannten Knäuel-Sunze in ihrem Kampfe gegen die „jüdisch-marrjistischen Partei, in welchem sie die Arbeiter

des Gebäudes. Der Verlag Rudolf Wisse in Berlin hatte sich bereit finden lassen, bei einer Renovierung des gesamten Hauses seine ständigen Glasfenster zu entfernen und dem Gesamtcharakter der neuen Fassade entsprechend die neuen Säulen zu gestalten. Die Darstellung des Bank aber hatte ausnehmend geantwortet: die Verantwortung des Bauherrns selber müße die Sache behandeln. Entwurf und Kostenberechnung, die in Aussicht gestellt waren, sind bis heute nicht eingetroffen. Die Seite nach der Steinstraße ist inzwischen neu verputzt worden, aber für die Fassade am Dreien Wege ist nach nicht das geringste geschehen. Das ist um so bemerkenswerter, als andere Bankinstitute, wie die Reichsbank, die Sächsische Sparkasse, die Disconto-Gesellschaft, sich neue Häuser gebaut oder doch die alten erneuert haben und die Commerz- und Privatbank an der Otto-von-Guerike-Straße ihr altes Gebäude, obwohl es noch nicht einmal kaufällig war, wiedergelegt hat und ganz neu aufbaut.

Es ist eine Angelegenheit, die ganz Magdeburg angeht: die würdige Wiederherstellung des Hauses am Dreien Wege Nr. 12, des schönsten Hauses unserer Stadt. Es ist sehr verwunderlich, daß eine der reichsten und mächtigsten deutschen Bankinstitute, die Commerzbank, nicht schon längst diese selbstverständliche Bauaufgabe der Stadt gegenüber erfüllt hat.

Ein merkwürdiges Dokument.

Die Gesellschaft für Theater, Kunst und ähnliche Dinge richtet an das Provinzial-Schulinspektorat und ferner an die Leiter hiesiger höherer Lehranstalten in Magdeburg ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Auf das geistl. Schreiben vom 16. v. M. erwidern wir ergetzt, daß wir auch im kommenden Winter bei Aufstellung des Spielplans des Theaters aufpassen lassen, eine ihrer übernehmenden Bedienung zum Zwecke der Wahrung widernehmen. Schon am 20. August beauftragten wir für die Schüler der höheren Lehranstalten eine Aufführung von „Schule und Liebe“, zu der die Schüler die Vertiefung der Inhalte in aller bestmöglicher Weise selbst übernehmen. Im September ist die „Brot von Reims“ folgen. Anschließliche Verhandlungen mit der Intendanz wegen Uebernahme des Stadttheaters werden mit der Aufstellung größerer Werke wie „Die drei Könige“, „Jungfrau von Orlans“, „Lil“ usw. angeschlossen. Weiter in Aussicht genommene Werke von Shakespeare, H. Sudermann usw. werden — je nach der Lage gebracht und — den Schülern der Oberstufe zugänglich gemacht werden.“

Es erwidern wir zu bemerken, daß Herr Oberstudienrat Dr. Geras unter geschäftlichen Vorwand seit dem Sommer abwesend ist, weshalb eine solche Aufführung mit den höheren Schülern Magdeburgs geschwieriger ist. Wir bitten um Fortsetzung der Verhandlungen für die uns zugesagte Uebernahme und würden es mit Freude begrüßen,

Devisenrazzia in Berlin.

Auf Ersuchen des Kommissars für die Devisenerfassung unternahm die Bucherpölyzei in Verbindung mit Beamten der Fremdenpölyzei, der Schupölyzei und Beamten des Devisenkommissars Dienstag nachmittags in einer Reihe größerer Cafés der Friedrichstadt und des Westens in Berlin eine Durchsuhung nach ausländischen Werten vor, für die eine Abgabepflicht besteht. Während die Zivilbeamten unauffällig sich in die Lokale begaben, sprengte die Schupölyzei Ein- und Ausgänge. Die Gäste und das Personal wurden auf das Verbot des Erwerbs fremder Zahlungsmittel hingewiesen. Soweit sich die Betroffenen über den rechtmäßigen Erwerb der vorgeschriebenen Werte nicht ausweisen konnten, wurde zur Beschlagnahme gegen Quittung geschritten. Die ganze Aktion wurde in Gegenwart des Devisenkommissars, Geheimrats Fellingner, und des Leiters des Bucheramts, Regierungsrats Gindl, durchgeführt. Der Erfolg läßt sich noch nicht übersehen.

In der „Vossischen Zeitung“ teilt Geheimrat Fellingner über diese erste Razzia mit:

Es war mir bekannt, daß in einer ganzen Anzahl von Lokalen im Zentrum der Stadt ganz offensichtlich in großem Maßstab mit Devisen und vor allem mit Banknoten gehandelt wird. Ich beschloß deshalb, eine überraschende Kontrolle dieser Lokale vornehmen zu lassen, und siehe mich zu diesem Zwecke mit der Schupölyzei und der Kriminalpölyzei in Verbindung. Gegen 5 Uhr nachmittags wurden sämtliche Lokale gleichzeitig umstellt, während Kriminalpölyzisten, begleitet von den Beamten meiner Abteilung, eindringen und die überraschten Gäste in voller Handelstätigkeit antreffen.

Ich habe es mir selbst nicht nehmen lassen, mich kurze Zeit vor dem Beginn des Unternehmens in ein solches Lokal zu begeben, um die Wirkung meiner Maßnahmen zu beobachten. In den Läden sah gewöhnlich eine Anzahl von Deutschen mit einigen Ausländern zusammen und handelte diesen die Noten ab. Dieser Handel ging unter dem Tische vor sich, wie man überhaupt bei der ganzen Angelegenheit sehr vorsichtig zu Werke ging. Sobald die Pölyzei im Lokal erschien, wurden die bereits gekauften Banknoten den Ausländern wieder zugemorfen, die sie schleunigst in ihre Taschen verschwinden ließen. Die verschiedenen Parteien legten sich an andre Tische und spielten die Karten. Da aber die Kriminalpölyzei durchweg die besten Augen hatte, mühte ihnen dieses Gebaren nichts, sie wurden gnadenlos erfaßt und um die teuer erworbenen Banknoten erleichtert. Im Augenblick ist natürlich eine Ueberficht über den Ertrag des Unternehmens noch nicht möglich. Jedoch dürften meiner Schätzung nach die beschlagnahmten Mengen, die sich aus den Geldsorten aller Länder zusammensetzen, recht beträchtlich sein. Wo uns der Nachweis gelingt, daß sie auf eine dem Geheiß widersprechende Weise erworben sind, werden sie ohne Engigkeit beschlagnahmt, im andern Falle gegen Papiermark oder Goldanleihe umgetauscht. Auf jeden Fall habe ich die gesamte Menge sofort dem Reich zur Verfügung gestellt.

Wir wünschen dem Devisenkommissar recht viel Erfolg bei solchen Razzien und hoffen, daß er nicht nur die Kleinen, sondern auch die großen Schieber zu fassen weiß. —

Streitbewegung in Baden.

Wegen der Vorgänge in Lörrach rufen die Kommunisten zum Generallstreik in ganz Baden auf. Dem Streike haben sich die Arbeiter der chemischen Fabriken in Oberbaden, Braunsfelden, Weil, Leopoldshöhe, Niedlingen, Wiehlen und andern Orten angeschlossen.

In Waldshut wurde von auswärts herandrückenden Arbeitern verhindert, die dortigen Betriebe stillzulegen, was von Schupölyzei verhindert wurde, ohne daß es zu Zusammenstößen kam. In Rheinfelden wurde die Stromzufuhr unterbrochen, so daß die Stadt Lörrach ohne Licht war. In Lörrach kam es zu Schießereien.

Die badische Regierung hat über die Amtsbezirke Lörrach, Schopfheim, Schönau und Säckingen den Ausnahmezustand verhängt. —

Wenn die Herren Leiter der hiesigen höheren Lehranstalten vor dort aus anlässlich der Verteilung des beiliegenden Werbeflugblattes auf unsere kulturellen Bestrebungen hingewiesen würden.

In sich könnte es uns höchst gleichgültig sein, ob die Pictorianer Schüleraufführungen veranstalten oder nicht. Das Besondere an diesem Unternehmen ist nur, daß es sich für eine Theatergemeinde aus gibt und als solche dieselben Vorrechte genießt wie die Volkshühne, nämlich Verteilung von der Vergünstigungssteuer. Wie aus dem Schreiben aber deutlich hervorgeht, werden Eintrittskarten zu den geschlossenen Vorstellungen nicht nur an Vereinsmitglieder, sondern auch an Schüler höherer Lehranstalten, d. h. an Nichtmitglieder, vertreiben. Während sich die Volkshühne streng an die Vorschrift hält und in Wirklichkeit eine geschlossene Theatergemeinde darstellt im Sinne der Verordnung des Kultusministeriums, umgeht die Gesellschaft für Theater und Kunst diese Verordnung, ohne daß dies bisher beanstandet worden wäre.

Verwunderlich sind ferner die „aussichtsreichen Verhandlungen mit der Intendanz wegen Uebernahme des Stadttheaters“. Der Volkshühne ist, soweit wir unterrichtet sind, das Stadttheater noch immer für ihre Vereinigtzwecke abgetreten worden. Es wäre doch nicht gerade unparteiisch, wenn dem Konkurrenzunternehmen, eben den Pictorianern, von Seiten der Intendanz Ausnahmen gemacht würden auf Uebernahme derselben Bühne.

Schließlich müssen wir es dem Urteil unserer Leser überlassen, ob die „weiter in Aussicht genommenen Werke von Shakespeare, H. Sudermann usw.“ wirklich „dazu geeignet sind, den Schülern der Oberstufe zugänglich gemacht zu werden“. Die Zusammenstellung läßt jedenfalls auf recht eigentümliche pädagogische Begriffe schließen. —

Theaterchronik. Die Aufführung des „Trombadour“ in der Berliner Großen Volksoper (Theater des Westens) mußte ausfallen, weil das Orchester des Theaters in Streik getreten war. Die Mitglieder des Orchesters hatten an die Direktion Forderungen gestellt, die diese sich nicht erfüllen konnte zu bewilligen. Dem zu der Vertiefung erkrankten Publikum wurde das Eintrittsgeld zurückgezahlt. — Die berühmte Opernsängerin Emilie Herzog, lange Jahre Mitglied der Berliner Staatsoper, ist, 63 Jahre alt, in Aarbürg in der Schweiz, ihrer Heimat, gestorben. —

Bühnenausst. Vor einem großen Kreise von geladenen Gästen, Vertretern von Kunst und Wissenschaft, wurde in Braunschweig im Saale des Wilhelmsgartens die Herbstausstellung des Künstlerbundes Niedersachsens eröffnet. Die künstlerischen Strömungen sind auf der Ausstellung vertreten. Mehr als 30 Gemälde, Graphiken und Plastiken gagen durch die Kur. Die Eröffnungsrede hielt im Auftrag des braunschweigischen Staatsministers Minister Hönning, der die Ausstellung als eine bedeutungsvolle Leistung der Künstlerchaft würdigte. —

Baldwin und Poincaré.

Am heutigen Mittwoch wird sich der englische Ministerpräsident mit Poincaré in der englischen Gesandtschaft in Paris über die politische Lage unterhalten. Diese Besprechung wird auf die allgemeine französische Politik keinen Einfluß haben. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben die Hoffnung auf englische Hilfe aufgegeben und sich ausschließlich auf eigene Kräfte gestellt, um eine schnelle Beilegung des Ruhrkonfliktes zu ermöglichen.

Die Regierung Stresemann hat bisher nichts unterlassen, was eine Verständigung mit der französischen Regierung unter Wahrung der deutschen Souveränität herbeiführen könnte. Auch zurzeit wird noch der diplomatische Gedankenaustausch fortgesetzt. Selbst ein Teil der neutralen Völkler hat mit der Reichsregierung über die allgemeine Lage Deutschlands Besprechungen geführt.

Falls es gelingen sollte, die Erörterungen zu einer Klärung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich zu führen, will der Reichskanzler die Befragung der Völklerämter in Paris und Brüssel vornehmen. Ein Beschluß des Kabinetts, diese Völkler zu befragen, liegt schon vor, jedoch sieht man von seiner Durchführung noch ab, weil man eine Ernennung nur dann für zweckmäßig hält, wenn die deutschen Vertretungen in Belgien und Frankreich auch die Möglichkeit haben, mit den zuständigen Regierungen auf eine Verhandlungsbasis zu treten, die eine Verständigung in Aussicht stellt.

Meldungen von der Ruhr.

Krupp und Genossen jetzt politische Gefangene.
Die französische Verwaltung des Düsseldorfser Gefängnisses hat auf Drängen von neutraler Seite aus die generelle Verfügung erhalten, daß die im Krupp-Prozess Verurteilten nicht wie bisher als Strafgefangene, sondern nunmehr als politische Gefangene zu behandeln seien und für ihre Behandlung die in den französischen Vorschriften geltenden Bestimmungen in Anwendung kommen müssen. Danach sind die Verurteilten, nämlich Krupp von Bohlen, drei Direktoren und das Betriebsratsmitglied Müller, nicht mehr in Gefängniszellen, sondern in den für sie hergerichteten Einzelzimmern unterzubringen. Da derartige Räume im Gefängnis nicht vorhanden waren, wurden von der französischen Behörde Räume eines Nebengebäudes, nämlich die Dienstmohung des Gefängnisdirektors, beschlagnahmt.

Streikdemonstrationen.

In Bochum kam es am Sonnabend und am Montag zu Demonstrationen der Arbeiter der umliegenden Werke wegen der katastrophalen Zahlungsmittelnot und der Lebensmittelknappheit. Von 10 Uhr vormittags an zog eine Volkshandlung nach der andern aus der Umgegend im Grubenkleid mit Grubenlampen in der Hand in die Stadt am Rathaus vorbei. In den umliegenden Straßen konnte sich kaum der Verkehr entwickeln. Die Kundgebungen dauerten bis in die Mittagstunden hinein und verliefen völlig ruhig, ebenso wie die ihnen auf dem Wilhelmplatz folgende öffentliche Versammlung der Demonstranten. Deputationen wurden bei der Stadtverwaltung vorstellt, damit diese die Werke zur Auszahlung einer größeren Lohnsumme bewege.

Kontinierung der Verkehreshetze in anderer Form.

Nach einer Verfügung der Besatzungsbehörde soll zukünftig der Kaffiempel für den Ankerkaffee eine halbe Goldmark kosten. Für die Einreiseerklaubnis sollen sogar fünf Goldmark verlangt werden. Das bedeutet praktisch eine Fortsetzung der Verkehreshetze für viele Bewohner des besetzten Gebietes, denn nach dem Dollarkurs und berechnet beträgt der Wert einer Goldmark circa 36 Millionen Papiermark.

Zusammenstöße mit Sonderbündlern.

Am Sonntag hielten die Sonderbündler in Aachen, wie schon am vorhergehenden Donnerstag, Versammlungen ab. Vor und nach diesen kam es zwischen Sonderbündlern und der Bevölkerung zu Zusammenstößen, bei denen zwei bis drei Personen aus der Menge durch Schüsse verletzt sein sollen. Ein Sonderbündler erhielt eine schwere Verletzung durch einen Messerstoß.

Verkehrshindernisse für einen Sabotageversuch.

Eine französische Meldung behauptet, ein Sabotageversuch sei auf der Eisenbahnstrecke Eissen-Krah entdeckt worden. Aus diesem Grunde sei der Straßenbahnverkehr zwischen Eissen-Suppenberg und zwischen Steele und Krah sowie der Lastwagen- und Autoverkehr in den Bezirken Eissen-Altenessen, Steele und Krah verboten worden.

Schlussitzung des Landtags.

In der Dienstagssitzung nahm der Landtag die dritte Beratung der Gesetzesentwürfe betreffend Hebertragung staatlicher Elektrizitätsanlagen an eine Aktiengesellschaft und Hebertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung vor. In der Gesamtbeschlussitzung wurden die beiden Vorlagen mit großer Mehrheit angenommen.

Als der Präsident vorschlug, die nächste Sitzung am 16. Oktober abzuhalten, entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Die Deutschnationalen und Kommunisten verlangten einen früheren Wiederzusammentritt des Landtags beziehungsweise Fortsetzung der jetzigen Tagung. Im Verlauf der Auseinandersetzung rechnete Genosse Weilmann mit der Mehrheit und Sinken sogar ab. Die Anträge der Deutschnationalen und Kommunisten wurden abgelehnt; es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidenten.

Einheitsfront „einfach lächerlich“.

Die Führer Moskauer haben das erklärt, und nicht etwa „reformistische“ deutsche sozialdemokratische „Partei- und Gewerkschaftsböden“. In der „Roten Fahne“ beröffentlicht das „Wollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale“ eine Entschließung über die von den Moskauer bislang geforderte Einheitsfront. Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatte in seiner Sitzung vom 8. und 4. August eine Entschließung angenommen, in der als Vorbereitung zur Bildung der von Moskau geforderten Einheitsfront die Einstellung der feindseligen Angriffe gegen die Gewerkschaften und die Durchführung der Forderungen in Rußland, zu deren Verwirklichung die Einheitsfront gebildet werden soll, verlangt wurde.

Nach 6 Wochen reiflicher Ueberlegung hält es Moskau für geboten, eine Antwort zu geben. Das „Wollzugsbureau“ der vorgeannten Roten Gewerkschaftsinternationale findet die vorgehenden fiktivsten selbstverständlichen Bedingungen „einfach lächerlich“. Es wird da zum Millionenfachen die Behauptung aufgestellt, die Gewerkschaften seien die Bestimmungsgenossen und die Verbündeten der Bourgeoisie — weshalb Moskau wohl eine „Einheitsfront“ mit ihnen eingehen will. Moskau variiert das bekannte Wort folgendermaßen: „Du mußt mein Bruder sein, und ich schlage dir den Schädel ein.“

Eine Einheitsfront zur Führung eines gemeinsamen Kampfes ist nur möglich, wenn die verbündeten Truppen nicht aufeinander schießen, sondern gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind vorgehen. Diese elementare Vorbildung zur Bekämpfung der internationalen Reaktion zu erfüllen, lehnt Moskau als „einfach lächerlich“ ab. Es will weiter der internationalen Reaktion Hilfe leisten, indem es der organisierten Arbeiterschaft in den Rücken fällt. Diese Feststellung genügt um alles Gerade der Freunde von Renntlow, Wulle und Graefe auf seinen richtigen Wert zurückzuführen.

Verbandstag der Landarbeiter.

Magdeburg, 18. September.

Die Mandatsprüfungskommission berichtet, daß der Verbandstag von 110 Delegierten besucht ist. Dann wurde eine Reihe von Anträgen zum 1. Punkte der Tagesordnung meißens durchgeführt. Ueberweisung an den Verbandsvorstand erledigt. Die von der kommunistischen Zentrale stammenden Anträge, die den Austritt aus der Arbeitergemeinschaft, die Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen oppositionellen Mitglieder, die Propagierung der Arbeiter- und Bauernregierung und die uneingeschränkte Machtteilung an die Betriebsräte fordern, verfielen sämtlich der einstimmigen Ablehnung. Dasselbe Schicksal erlitt ein Antrag, der den Verbandsvorstand beauftragte, Schritte wegen der Herabsetzung der Einheitsfront mit der roten Gewerkschaftsinternationale zu unternehmen. Zur Frage der Technischen Hilfe gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der gegen den Einfluß der Technischen Hilfe bei Arbeitszeitverhältnissen in der Landwirtschaft protestiert und bei allen Regierungsstellen die Einhebung einer aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern bestehenden Kommission verlangt wird, die entscheiden soll, welche Arbeiten als Notstandsarbeiten in Frage kommen.

Der Verbandstag hörte hierauf ein Referat des Verbandsvorstandesmitglieds Löhrte über

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Der Redner folgte u. a. die Arbeitgeber der Landwirtschaft gehören zu dem Kreise derjenigen, die dem Tarifvertragssystem am ablehnendsten gegenüberstehen. Es steht deshalb fest, daß der Tarifvertrag in der Landwirtschaft mit dem Bestande des Deutschen Landarbeiterverbandes als der stärksten Landarbeiterorganisation Deutschlands steht und fällt. Unser erster Erfahrungssatz muß deshalb sein: Tariffrage ist Machtfrage. Je stärker und einiger die Organisation ist, um so größer und günstiger die in dem Tarifvertrag festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wird unter diesem Gesichtspunkte die bisherige Tarifpolitik des Verbandsvorstandes betrachtet, muß über manche Fälle anders geurteilt werden, als es bei oberflächlicher Betrachtungsweise teilweise geschieht. Eine vielumstrittene Frage ist die Größe der Tarifbezirke. Wenn heute in der Industrie bereits Reichstarife abgeschlossen sind und wenn wir für die Forstarbeiter in den preussischen Staatsforsten und in den Forsten der andern Länder bereits Landestarife haben, ist für die Landarbeiter derartige noch nicht zu erzielen gewesen. Die Möglichkeit eines großen oder kleinen Tarifbezirks hängt nicht so sehr von dem Willen der Vertragskontrahenten, als viel mehr von einer ganzen Reihe von Einzelumständen. Einige der bedeutendsten sind die wirtschaftliche Struktur des Tarifbezirks als auch die

altstärksten Gewohnheiten in der Entlohnungsmethode.

Wir sind Anhänger des Gedankens großer Tarifbezirke. Sie sind für die Organisation viel sparsamer als die heutigen Tarifbezirke, besonders wenn man sich dazu aufschwingen würde, alle Unterfragen bei Abschluß des Tarifvertrags auch für den letzten Unterbezirk in der Zentralstelle zu regeln. Die unterschiedliche wirtschaftliche Struktur des großen Tarifbezirks kann und muß dabei berücksichtigt werden. Was wir in einem großen Tarifbezirk keinesfalls zugehen können, ist die Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen Betriebs. Eine solche Rücksichtnahme würde den Tarifgehabten glatt unmöglich machen und zur Folge haben, daß schlecht bewirtschaftete Betriebe zum Schaden der Volkswirtschaft mit durchgeschleppt werden müßten. Die Betriebsräte in solchen Betrieben haben in Verbindung mit der Organisation die Aufgabe, die Deffektivität von solchen Zuständen zu unterrichten. Bestenfalls verpflichtet der Allgemeinheit gegenüber. Bestenfalls verpflichtet aber auch, den Trägern des Produktionsprozesses, der Arbeiterschaft so viel zu geben, daß sie nicht nur leben können, sondern

auch Freude am Leben und an der Arbeit

haben. Mögen die Arbeitgeber diese Forderung erfüllen und die Landarbeiter hätten keine Ursache, den Wirtschaftsfeinden zu erschüttern und die Produktion zu beunruhigen. Es mehren sich die Bestrebungen auf Abschaffung des Naturallohnes. Diesem Wunsche kann auf keinen Fall das Wort geredet werden. Der Naturallohn ist bis zu einem gewissen Grade der Grundpfeiler für die kleine Eigenwirtschaft des Landarbeiters. Eine Streitfrage ist die Bewertung des Deputats. Wir haben in

dieser Frage daran zu denken, Tarife zu schaffen, in denen der Naturallohn in seiner Menge und seinem Preise genau um... und die Darlehne möglichst als Stundenlöhne festgelegt werden. Die Bewertung der Naturallohne hat nach dem Erzeugerpreis... folgen. Bevor die Arbeiterschaft auf den Gedanken kam Lohnwertbeständig zu machen, wurde seitens der... geber besonders in Pommeren die Idee vorgebracht, die auszahlende Lohnsumme an ein bestimmtes Quantum Naturalien mit einem dafür festzusetzenden Preise zu binden. Wir haben hiergegen entschiedene Front gemacht. Die Erfahrung hat gelehrt, daß wir recht hatten. Der Roggenlohn ist genau so eine Utopie wie die Roggenwährung. Ein Landprodukt, das der Spekulation... Börsen unterliegt und dessen Preisbewertung Landwirtschaft und Handel jederzeit in der Hand haben, kann nicht als Wertmesser für die Abgeltung der Arbeitskraft herangezogen werden.

Die Wertbeständigkeit der Löhne

muß durch ihre Anpassung an die Pläne des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zur Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Löhne erzielt werden. Es darf auch auf diesem Gebiet keine englirnte Berufspolitik geben, wollen wir verhindern, daß die Landarbeiterschaft zum Spielball in den Händen der Arbeitgeber herabgewürdigt wird. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion war kurz und sachlich. Einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, daß keine Veranlassung vorliegt, dem Verbandsvorstand für die Führung der bisherigen Lohnpolitik das Vertrauen zu entziehen. Man verließ sich nicht der Ansicht, daß in keinem Beruf die Betätigung auf lohnpolitischem Gebiet so erheblichen Schwierigkeiten ausgesetzt ist wie in der Landwirtschaft. Wenn man auch lange nicht mit dem Erreichten zufrieden sein kann, ist doch zu sagen, daß das Landproletariat vor dem Schlimmsten bewahrt worden ist.

Nach Schluß der Erörterungen über die Frage der Tarifverträge und Lohnbewegungen wurde eine Entschließung zur Arbeitergemeinschaft angenommen. Die Entschließung besagt in ihrem wichtigsten Teile:

Die Generalversammlung erneuert ihr Bekenntnis zur Förderung der wirtschaftlichen Demokratie. Die lands- und forstwirtschaftliche Arbeiterklasse erhebt den Anspruch auf Mitwirkung bei der allgemeinen Wirtschaftsführung, die sie gleichberechtigt mit den Arbeitgeberern unter der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ausüben will. Die Generalversammlung ist ferner der Auffassung, daß die Organe der Arbeitergemeinschaften zeitlich begrenzt sind und erlöschen werden, wenn andre verfassungskonforme und gesetzlich fundierte Organe geschaffen sind.

Unter Beachtung dieser Grundsätze erklärt die Generalversammlung, daß eine erfolgreiche Tätigkeit in der Reichsarbeitergemeinschaft nur dann möglich ist, wenn die bestehende Organisation so ausgebaut wird, daß sie den Aufgaben der Reichsarbeitergemeinschaft auch die gemeinsame Beratung und Vertretung über berufswirtschaftliche Fragen im vollen Umfang gelehrt.

Ferner dürfen Verbände der Arbeitgeber, auch nicht bezirkweise, oder Personen aus Arbeitgeberkreisen, die in der Arbeitergemeinschaft vertreten sind, mit Arbeiterverbänden keine besonderen Abmachungen treffen, die das Ziel haben, berufswirtschaftliche oder andre Fragen außerhalb der Arbeitergemeinschaft zu behandeln.

Die Generalversammlung erklärt, daß alle an der Arbeitergemeinschaft beteiligten Arbeitnehmerverbände gleichberechtigt zu behandeln sind und dürfen teils der Arbeitgebervertreter keine Forderungen stellen oder Bestrebungen gefördert werden, die den einzelnen Verband wegen seiner wirtschaftspolitischen Einstellung anders einschätzen und handeln.

Der einstimmigen Ablehnung verfielen

alle kommunistischen Anträge, die die Proklamierung des Generalstreiks, die Befragung der Ortsgruppen vor dem Tarifabschluß und die Ausprägung des Mißtrauens für den Verbandsvorstand forderten. Angenommen wurde ein Antrag, der den Verbandsvorstand beauftragt, für die Abschaffung des Hofgängerweizens tätig zu sein, und ein solcher, der verlangt, daß darauf hingearbeitet werden soll, den Barlohn dem Goldwert anzupassen.

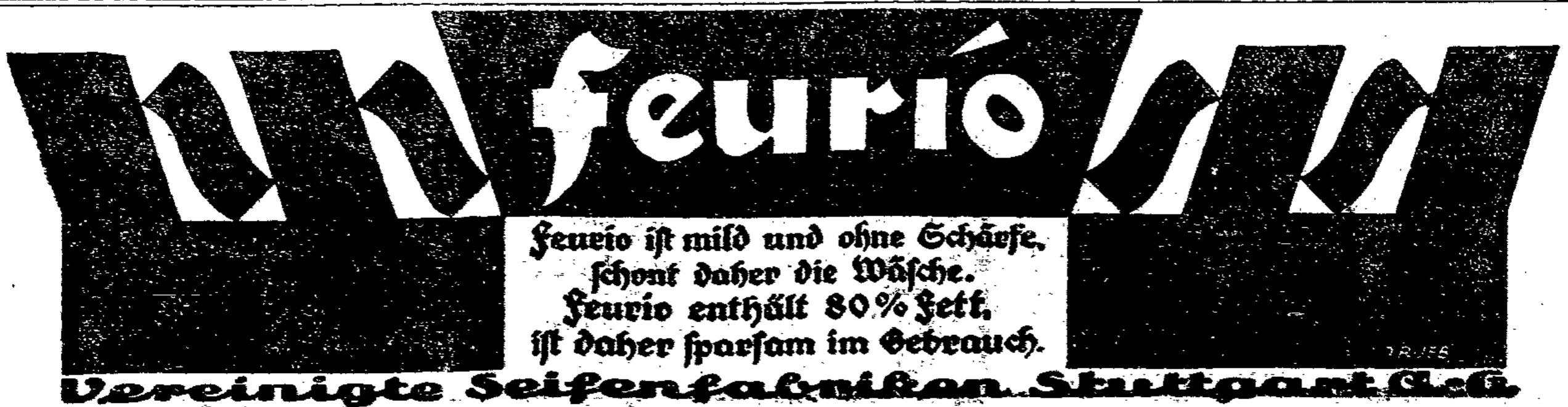
Vor Fortsetzung der weiteren Erörterungen gab der Vorsitzende eine Erklärung zu dem Anwurf der Kommunisten gegen den Verbandstag ab. Aus der Erklärung ging hervor, daß von der behaupteten Mordtatmachung der oppositionellen Landarbeiter auf der Generalversammlung deshalb nicht geredet werden kann, weil — wie unter brausendem Gelächter festgestellt wird — eine Opposition nicht vertreten ist. Die Meinung des Verbandstags über die Politik der Verbandleitung wird am wirkungsvollsten durch die einstimmige Annahme des bereits veröffentlichten Vertrauensvotums charakterisiert.

Die Verhandlungen wandten sich hierauf der Beratung der Verbandsfassungen zu. Die Vorlage der Statutenkommission fand einstimmige Annahme. Die kommunistischen Anträge, in denen die Anstellung der Angestellten durch die Mitgliedschaft und die Entziehung des Mitbestimmungsrechts der Angestellten auf der Generalversammlung verlangt wurde, verfielen der Ablehnung. Gleichfalls wurde ein Antrag auf Wahl des Verbandsvorstandes durch die Mitgliedschaft abgelehnt.

Dann wurde eine Anzahl verschiedener Anträge behandelt. Beschlossen wurde u. a.: Die Regierung soll ersucht werden, daß in Vorbereitung befindliche Arbeitsgerichtsgeze entsprechend den Beschlüssen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes bis zum 1. April 1924 im Reichstag angenommen und in Kraft gesetzt wird.

Dem zurückgetretenen bisherigen 2. Vorsitzenden Faust, der im Reichsernährungsministerium tätig ist, wurde der Dank des Verbandstags ausgesprochen. Die sonstigen bisherigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Danach bilden den Vorstand: 1. Vorsitzender Georg Schmidt, 2. Vorsitzender Löhrte; 1. Kassierer Waldi, 2. Kassierer Hartung; Schriftleiter Kwasnik; Sekretäre: Bernier, Schmaus, Schüler, Kreuzer.

Der Vorsitzende Brandenburg schloß den Verbandstag mit der Feststellung, daß sein Verlaufs in seltener Einmütigkeit vor sich ging und damit deutlich bekundet wurde, daß die Landarbeiter gegen alle Bestrebungen der Kommunisten, sie vor ihren Karten zu spannen, immun sind.



Notizen.

Gewerkschaften und Reparationen. Im Auftrag des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam richteten Jouhaux (Frankreich) und Dudgeon (Holland) an die Völkervereinigung eine lange Denkschrift über die Reparationsfrage...

Ein Reichsratsbeschluss. Der Reichsrat hielt am Dienstag eine öffentliche Sitzung ab. Angenommen wurde eine Vorlage über den Verordnungs- und Aufrechterhaltung der Reichsbeamten mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsfinanzministeriums...

Starke Eruhrungsbedingungen. Das Reichsfinanzministerium hat den Entwurf einer Verordnung fertiggestellt, die die Einkommensteuern vorläufig zur Eindämmung der Einfuhr erhöht...

Ermäßigungen der Lohnsteuer. Die Lohnsteuerermäßigungen, die bis 1. September monatlich neu festgesetzt wurden, sind diesmal mit Wirkung vom 16. September ab gegenüber dem Stande vom 1. September verdoppelt worden...

geht die schnelle Preis- und Lohnentwicklung nicht aus. Die erheblichen technischen Schwierigkeiten die bisher die automatische Veränderung der Lohnsteuerermäßigungen verhindert haben...

Berichte in Ostpreußen. Das Oberpräsidium in Königsberg hat sich veranlaßt gesehen, die Geheimorganisation 'Vaterländische Gesellschaft' und eine Reihe der mit ihr in Verbindung stehenden Wander- und Schützenvereinigungen auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik aufzulösen und zu verbieten...

Die tschechoslowakischen Gemeindeväler. Der allgemeine Einbruch der Gemeindeväler, soweit sie sich bisher überlassen ließen, wird von den Kommunisten dahin zusammengefaßt, daß die Sozialdemokratie in Anbetracht der ihr nicht gerade günstigen Umstände weit günstiger abgeschrieben habe, als erwartet wurde...

Gewisigt. In Belgrad wurde ein Thronfolger geboren. Nach einer von den Mitgliedern der Regierung unterfertigten Erklärung waren sie alle bei der Entbindung der Königin Maria anwesend und das lebende männliche Kind wurde um 2.55 Uhr geboren...

Politisches Attentat in Paris. Ein früherer russischer Offizier der Weißen Armee Kazuellenbogen, hat in Paris ein Attentat gegen die Tochter des kommunistischen Schriftstellers Kappoport verübt...

Depeschen.

Die französisch-englischen Besprechungen. Paris, 19. September. Die 'Chicago Tribune' behauptet, daß an der heutigen Besprechung zwischen dem englischen und dem französischen Premierminister englischerseits Sir William Eyreell und französischerseits Barthou und der juristische Sachverständige Laroche teilnahmen...

Der italienisch-griechische Konflikt. Athen, 19. September. Der griechische Kriegsminister hat sich in Ausführung der Bestimmungen der von der Balkanstaatenkonferenz Griechenland zugesandten Note gestern zur italienischen, englischen und französischen Gesandtschaft gegeben und dort die Entschuldigung der griechischen Regierung ausgesprochen...

Buchdruckerstreik in New York. New York, 19. September. Die Zeitungsverleger erklären den Streik der Buchdrucker für ungesetlich und erklären es ab, mit den New Yorker Vertretern der Buchdrucker zu verhandeln...

Advertisement for 'Groschliffband' and 'Dantfagung' with contact information for Richard Senft and Die Travernde Wälder.

Advertisement for 'Landesamtliche Nachrichten' from Magdeburg, listing various local news items and dates.

Advertisement for 'Frauen-Vortrag' (Women's Lecture) about the 'Warum sind so viele Frauen unterdrückt?' (Why are so many women oppressed?)

Advertisement for 'Reklamations' (Claims) with contact information for Hermann Lutz & Co.

Advertisement for 'Reklamations' (Claims) with contact information for Hermann Lutz & Co.

Advertisement for 'Magol-Werke Albert Müller, Magdeburg' featuring 'Bohnerwachs' (Beeswax) as 'Die Welt-Marke mit dem Kater'.

Advertisement for 'Deutscher Metallarbeiter-Verband' (German Metalworkers' Union) listing contributions for the year 1922.

Advertisement for 'Große Vertrauensmännerversammlung' (Large Trust Men's Assembly) with details on the agenda and location.

Advertisement for 'Allgemeine Ortskrankenkasse' (General Local Sickness Insurance) and 'Aftersleben'.

Advertisement for 'Antilbe Bekanntmachungen' (Antilbe Awareness Notices).

Advertisement for 'Bekanntmachungen' (Awareness Notices) regarding various local events and meetings.

Advertisement for 'Bekanntmachungen' (Awareness Notices) with contact information for Hermann Lutz & Co.

Advertisement for 'Granat-Schmuck Edelmetalle Brillanten' (Gemstone Jewelry) by F. Streubel.

Advertisement for 'Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands' (German Factory Workers' Union) listing contributions for 1922.

Advertisement for 'Güte Sachlumpen aller Art' (Quality Rags) by Gebr. Rosenbaum.

Advertisement for 'Eine Sammlung guter Romane' (A Collection of Good Novels) by Buchhandlung Volksstimme.

Advertisement for 'Verkauf' (Sale) of various goods and services.

Advertisement for 'Arbeitsmarkt' (Labor Market) with contact information for the Arbeitsamt.

Advertisement for 'Tiermarkt' (Animal Market) with contact information for the Tiermarkt.

Advertisement for 'Güte Sachlumpen aller Art' (Quality Rags) by Gebr. Rosenbaum.

Advertisement for 'Eine Sammlung guter Romane' (A Collection of Good Novels) by Buchhandlung Volksstimme.

Advertisement for 'Einmache-Artikel' (Preserved Food Items) and 'Möbel' (Furniture).

Advertisement for 'Gegen Würmer' (Against Worms) with contact information for the Apotheke.

Advertisement for 'Sterngläser' (Telescopes) with contact information for the Sterngläser.

Advertisement for 'Fahrräder' (Bicycles) with contact information for the Fahrrad.

Advertisement for 'Sterngläser' (Telescopes) with contact information for the Sterngläser.

Advertisement for 'Textil-Rohstoff-Gesellschaft' (Textile Raw Material Company) featuring 'Ankauf Rohstoffe aller Art'.

Advertisement for 'Vor Schäden bewahrt' (Protected from Damage) with contact information for the Buchhandlung.

Advertisement for 'Zentral' (Central) with contact information for the Zentral.

Advertisement for 'Madame Flirt' (Madame Flirt) with contact information for the Madame Flirt.

Advertisement for 'Heute letzter Tag' (Today the last day) with contact information for the Buchhandlung.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. September 1923.

Wichtige Rundgebung der Metallarbeiter.

Die für Mittwoch abend nach dem „Kriemhild-Palast“ einberufene außerordentliche Generalversammlung der Magdeburger Metallarbeiter...

Das Hauptvorstandsmitglied Genosse Brandes entrollte ein klares Bild unserer wirtschaftlichen und politischen Lage. Er geißelte die Unmenschliche Schandwirtschaft...

Genosse Brandes schloß dann unter atemloser Spannung die innerpolitischen Gefahren, die ein Abbruch des Aufbauteuers zu Folge haben wird. Die Reaktion liegt auf der Lauer...

Stürmischer Beifall bewies das Einverständnis der Versammelten mit den Ausführungen des Referenten. Auch der einzige kommunistische Diskussionsredner, Magdanas...

Grasse, Anhänger des Magdeburger Gruppen der Bedebour-Partei, ist mit dem Brandes von heute nicht mehr zufrieden. Unter völliger Teilnahmslosigkeit...

Im Schlußwort stellte Genosse Brandes mit Genugtuung fest, daß, wie der prächtige Verlauf der Versammlung beweist, Einmütigkeit in den Kernfragen herrscht...

Von Zwischenrufen der Unentwegten abgesehen, nahmen die Kommunisten auch diese Ausführungen des Genossen Brandes mit Ruhe entgegen. Es scheint zu dämmern...

abspielen kann und daß es endlich gilt, geschlossen dem Segnern entgegenzutreten. Leider ist diese bessere Einsicht nicht bei den kommunistischen Führern in den Zentralen vorhanden.

Reichsindex.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 17. September auf 14 244 900.

Der Preis der Volksstimme

für die Woche vom 24. bis 30. September beträgt 3500 000 Mark.

Preise für Hausbrandbriketts und Grudelofels.

Vom Vorstand des Magdeburger Kohlenhändlervereins (G. V.) wird uns geschrieben: Da der hiesige Magistrat von seinem Rechte...

Die letzte ungewöhnliche Preiserhöhung ist die Folge von Lohnerhöhung der Berg- und Transportarbeiter, der Steigerung der Betriebs- und Materialkosten, neuer Steuerlasten...

Table with 2 columns: Fuel type and Price. Hausbrandbriketts 57 000 000 Mark, Hausbrandbriketts 60 000 000 Mark, Hausbrandbriketts 61 000 000 Mark, Grudelofels 57 500 000 Mark, Grudelofels 61 500 000 Mark.

Freifahrten der Eisenbahner.

Ein beliebtes Thema der öffentlichen Diskussion bildet die Freifahrt der Eisenbahnbediensteten. Um falsche Auffassungen und irrtümliche Begriffe nicht einzuweisen zu lassen...

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Große Funktionärsitzung Freitag den 21. September, abends 7 1/2 Uhr, in Friedrichs Festhale, Adelheidring. An der Sitzung nehmen teil: sämtliche Bezirksfunktionäre...

Bezirk Barkan. Die Teilnehmerlisten zur Bannerweihe sind heute Donnerstag durch die Funktionäre vom Genossen Dörner, Klosterbergstraße 5, abzuholen.

erledigen. Allerdings kommt es oft vor, und zwar durch die dem Eisenbahnbetrieb verbundenen Personalbeschäftigungen, den davon Betroffenen keine Wohnung zuweisen zu können...

Nicht zu übersehen ist auch, daß auf den vielen tausenden Eisenbahner mit Familien, die infolge der Ruhrbesetzung ausgedient sind und nun trostlos in Deutschland umherirren nach einer neuen Heimat...

Karl Hanebuth, Bezirksleiter des D. G. V.

Neue Milchpreise. Auf Grund der Butternotierungen vom 18. und 19. September mit 35 bzw. 40 Millionen Mark wird dem Beschluß des Milchpreisausschusses gemäß für Freitag und Sonnabend dieser Woche der Erzeugerpreis für 1 Liter molkeermäßig behandelte Milch ab Verkaufsstation auf 3 750 000 Mark festgelegt...

Erhebliche Erhöhung der Kanalgebühren. Durch die Geldentwertung werden auch den städtischen Behörden die Festsetzungen der Gebühren in erheblichem Maße erschwert. Die Anpassung der zu erhebenden Gebühren an die Geldentwertung machte sich von Tag zu Tag notwendiger...

Der Stundenlohn für das Maler- und Lackierergewerbe ist für die Lohnwoche vom 14. bis 20. September ein dreifach durch die Schiedsstelle in Halle für Magdeburg auf 5 800 000 Mark festgelegt.

Rot gestempelte Tausendmarktscheine. Schon seit längerer Zeit wird mit den alten, rot gestempelten Tausendmarktscheinen, also den Banknoten dieses Wertes, die vor Kriegsausbruch hergestellt worden sind, Handel getrieben...

Die mißbrauchten Liebesbriefe.

Erzählung von Gottfried Keller

(7. Fortsetzung.)

Als er noch einige Male um den Tisch herumgegangen, fand er still, redete den Arm mit dem Stuhl aus und fuhr fort: „Eine Bühlerin mit glattem Gesicht und hohlem Kopfe, zu dumm, ihre Schande in Worte zu setzen, zu unwissend, um den Wüsten mit dem kleinsten Liebesbrieflein hüpfeln zu können...“

Sie brach er ab und schnittelte sich, da eine Ahnung in ihm aufging, daß er nun selbst der Gegenstand einer förmlichen Geschändigung geworden sei, und das wollte er nicht, er wollte ein ruhiges und unangefochtenes Leben führen.

Er lachte und rief: „Eine Gans mit Geiertrallen! das ist gut gesagt! Warum fallen mir dergleichen Dinge nicht ein, wenn ich jenseits? Ich werde mich verrückt, es muß ein Ende nehmen! Damit mag er hinaus, über das Wasser ab und bog sich

aus dem Haus. Auf der Treppe ließ er das Dienstmädchen zur Seite, welches verwundert und ratlos die Herrschaft suchte.

Holl von Verger und Nummer über die verlebte Eitelkeit und Eigenliebe ging er durch die dunkeln Straßen. Die Hauptsache, die verlorne Liebe seiner Frau, schien ihm nicht viel Beschwerde zu machen; wenigstens daß er ein großes Stück trefflicher Lachsfelle auf der Matratze habe, wozu er sich begab und wo die Angehörigen den Samstagabend zubringen und die Nacht durchzuziehen pflegten.

munte, als ob er seine Frau schon seit Wochen eingesperrt hätte, so sehr war er aus dem Häuschen; aber das dünkte ihn nur desto wichtiger und großartiger, und er eilte mit rollenden Augen, das Gesicht zu Erde zu bringen. Er öffnete den Keller, in welchem Grillo totenblau und ertrunken auf einem alten Schemel saß.

Worauf er die Haustür zuschlug und seine Leute barock an ihre Geschäfte wies.

Hierauf begab er sich, da seine Munterkeit bereits erschöpft war, wieder ins Bett und schlief abermals wie ein Raß bis in den Nachmittag hinein.

Vor dem Hause hatte sich schon seit einer Stunde ein Häufchen Nachbarweiber gesammelt, welche die Ausgetragene neugierig umgaben und mit Kammerfrauen auf jedem Schritte beglückten. Sie glaubte vor Erschöpfung, Scham und Verwirrung in die Erde zu sinken, wagte nicht aufzusehen und wandte sich unglücklich bald auf diese, bald auf jene Seite; denn sie hatte keine Eltern und Verwandten mehr zu Selbsta, ausgenommen eine alte Waise, welche ihr endlich einfiel.

Grillo wurde übrigens von der Allen gut und sorglich aufgenommen. Nachdem sie sich etwas erholt, fing sie heftig an zu schluchzen, und als auch dies vorüber war, schwur sie, nie mehr in das Haus Biggi Stürcklers zurückzukehren, und die Waise, schnell heranz, ließ noch am gleichen Tage Grillos notwendige Sachen bei ihm abholen.

(Fortsetzung folgt.)

